

E3 Im Osten geht die Sonne auf! - Unsere Forderungen für eine solidarische EU

Antragsteller*in: Jusos Erfurt
Tagesordnungspunkt: 1 Begrüßung, Anwesenheit und
Beschlussfähigkeitspunkt

Antragstext

1 Im Osten geht die Sonne auf!

2 -

3 *Unsere Forderungen für eine solidarische EU*

4 Das „E“ in „EU“ steht nicht für Elysée-Vertrag und das „U“ nicht für
5 Umsatzmaximierung. Die Wurzeln der Europäischen Union liegen in Westeuropa, aber
6 ihre Blüten liegen im Osten unseres Kontinents.

7 **Für mehr Zusammenstehen.** Dieser „Osten“, gemeint sind damit jene Länder, welche
8 2004, 2007 und 2013 Mitglieder der EU wurden, wird auch hierzulande oft
9 paternalistisch behandelt und gescholten, wenn er nicht nach der
10 westeuropäischen Nase tanzt. Außer Acht gelassen werden dabei die fundamental
11 unterschiedlichen Startvoraussetzungen von Ost-, und Westeuropa. Es ist klar,
12 dass ein Läufer, welcher Minuten später starten darf als alle anderen, nicht
13 sofort gleich auf sein kann. Osteuropa hatte und hat andere Startvoraussetzungen
14 als die anderen Mitgliedsstaaten der EU. Angefangen mit dem Verbot der
15 Inanspruchnahme von Geldern aus dem Marshallplan für die Länder auf der anderen
16 Seite des Eisernen Vorhangs durch die Sowjetunion. Fortgesetzt durch die
17 systematische Unterdrückung der Bevölkerung durch sowjetische
18 Marionettenregierungen. Nach der Wende wurden schließlich die Märkte der
19 osteuropäischen Staaten durch westeuropäische Investoren geflutet und die auf
20 Planwirtschaft gepolte heimische Industrie konnte dem plötzlichen Druck des
21 globalen Kapitalismus häufig nicht standhalten. All dies nachdem nicht nur
22 zuhause in Thüringen, sondern überall in Osteuropa Menschen den oft friedlichen,
23 aber teils auch blutigen Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte
24 gewannen. Wir Thüringer, genau wie alle Menschen, welche in den neuen
25 Bundesländern geboren und aufgewachsen sind, teilen diese Geschichte mit vielen
26 Millionen Freund*innen in den osteuropäischen Staaten. Jene Werte, für welche
27 die Menschen in der ehemaligen DDR und auch in vielen anderen Ländern des sog.

28 Ostblocks eingestanden sind, sind heute auch in Art. 2 des EUV festgeschrieben.
29 Der Freiheitskampf Osteuropas hat die politische Integration Europas
30 entscheidend vorangetrieben. Heute sind es die osteuropäischen Staaten, welche
31 pro Kopf den größten Beitrag zur Ukrainehilfe leisten und über das größte Stück
32 der EU-Landgrenze verfügen, im Baltikum sogar direkt an Russland grenzend. Die
33 großen europäischen Herausforderungen, wie soziale Ungleichheit und Armut, der
34 russisch-imperialistische Krieg gegen die Ukraine oder der Klimawandel,
35 erfordern eine Zusammenarbeit aller europäischer Staaten und das auf Augenhöhe.
36 Es muss klar sein, dass eine EU, welche es ernst meint mit gemeinsamen Werten
37 und politischer Integration, ohne die osteuropäischen Staaten nicht
38 funktionieren kann. Diesen Umständen muss auch in deutscher Europapolitik,
39 gerade im Hinblick auf die Geschichte als geteiltes Land gebührend Rechnung
40 getragen werden.

- 41 • **Wir fordern**, dass Deutschland solidarischer mit den osteuropäischen
42 Staaten ist. Dazu gehört, dass Deutschland von der Praxis abrückt sich
43 zusammen mit Frankreich als Führungsduo der EU anzusehen. In der Balance
44 mit einer weiterhin starken deutsch-französischen Partnerschaft sollte
45 Deutschland mehr in seine Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten,
46 insbesondere zu unseren direkten Nachbarn Tschechien und Polen,
47 investieren, auf gleichberechtigter Basis. Die Schaffung von neuen bi- und
48 multilateralen Dialogforen, sowie die Intensivierung von bereits
49 bestehenden Foren wie dem Weimarer Dreieck können hier Wege zum Ziel sein.

50 **Für mehr Zusammenwachsen.** Hierzulande profitiert man seit den EU-Beitritten
51 entsprechender Länder im Zuge der Arbeitnehmerfreizügigkeit von der Arbeitskraft
52 hunderttausender Menschen, welche oft in prekären Arbeitsverhältnissen unter
53 schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Gründe für das massenhafte
54 Abwandern von Menschen aus ihren osteuropäischen Heimatstaaten sind neben
55 Perspektiv- und Arbeitslosigkeit, niedrige Lohnniveaus, Strukturschwäche und der
56 Mangel an Arbeitsplätzen. In Europa darf gemäß der Niederlassungsfreiheit und
57 Arbeitnehmerfreizügigkeit jede*r Bürger*in eines Mitgliedstaates den eigenen
58 Lebens-, bzw. Arbeitsort frei wählen. Das Pendant zu diesen europäischen
59 Grundfreiheiten ist die Freiheit in seiner Heimat wohnen zu bleiben, ohne von
60 wirtschaftlichen oder politischen Zwängen zum Umzug gedrängt zu werden. Das
61 massenhafte Abwandern von Menschen aus Osteuropa nach Westeuropa mit den
62 benannten Gründen für dieses zeigt deutlich, dass viele Menschen in Osteuropa
63 eben nicht nur aus Lust und Laune auswandern, sondern weil es in der EU immer
64 noch ein sehr starkes Gefälle der Lebensverhältnisse gibt. Das Abwandern
65 perpetuiert durch den damit verbundenen „Brain Drain“ zudem noch die bestehenden
66 Verhältnisse und verfestigt sie. Der Wohlstand in Europa ist ungleich verteilt.
67 Das ist viel mehr das Resultat der diametral auseinandergehenden Geschichten der
68 europäischen Staaten, jenseits und diesseits des Eisernen Vorhangs, nach 1945
69 und der sich nach der Wende manifestierten Produktionsverhältnisse in Europa,
70 als einer Stärke Westeuropas. Schätzungen zufolge wird etwa ein Fünftel des
71 westeuropäischen BIPs in Osteuropa erwirtschaftet. Das liegt vor allem an der

72 wichtigen Rolle der osteuropäischen Staaten als Produktionsstandort oder
73 Zulieferer westlicher Industrie, wie z. B. der deutschen Autoindustrie. Deutsche
74 Unternehmen, insbesondere jene aus den alten Bundesländern, haben sich in den
75 Jahren nach der Wende, befeuert durch niedrige Löhne und gute
76 Investitionsbedingungen, in Osteuropa eine verlängerte Werkbank aufgebaut. Diese
77 Entwicklung ist ein Bremsklotz für eine nachhaltige Angleichung der
78 Lebensverhältnisse in Europa, für ein Aufholen Ost. Der Internationalismus, der
79 Europäismus und natürlich der Sozialismus sind Grundfesten unseres Verbands.
80 Demnach ist es geboten, dass wir uns auch in der EU für eine faire und
81 nachhaltige Umverteilung von wohlhabenden Regionen in weniger wohlhabende
82 Regionen einsetzen. Wir sollten uns dabei vor allem für soziale Gerechtigkeit,
83 bessere Bildung, marginalisierte Gruppen und gute Arbeit für fairen Lohn
84 einsetzen. Für uns muss dabei das Wohlergehen des Individuums klar über dem
85 Wohlergehen von Unternehmen stehen. Im Rahmen der Kohäsionspolitik hat die EU in
86 den vergangenen Jahrzehnten in Form der Struktur-, und Entwicklungsfonds
87 durchaus wirkungsvolle Instrumente entwickelt, um das Zusammenwachsen Europas
88 auf regionaler Ebene und damit zielgerichteter als durch Förderung auf
89 staatlicher Ebene, voranzutreiben. Zur Förderung des Aufbaus von lokaler
90 Wirtschaft und guten Arbeitsplätzen in den Regionen der EU mit dem geringsten
91 Wohlstand existiert der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Die
92 Thüringer Wirtschaft profitiert auch von Mitteln aus diesem Fonds. Der
93 Europäische Sozialfonds (ESF+) unterstützt Beschäftigung, Qualifikation, Bildung
94 und soziale Integration, insbesondere auch von marginalisierten Gruppen (wie die
95 Sinti und Roma in Rumänien und Bulgarien). Diesen beiden Fonds sind in ihrer
96 Förderung so gestaffelt, dass eben jene Regionen in der EU, in welchen es den
97 Menschen wirtschaftlich am schlechtesten geht, am stärksten gefördert werden.
98 Faktisch liegt der Großteil eben jener Regionen in den osteuropäischen Staaten.
99 Leider ist das Budget der Kohäsionspolitik im aktuellen mehrjährigen
100 Finanzrahmen anteilig um ca. drei Prozent gesunken. Das ist ein Schritt
101 rückwärts in Anbetracht der bestehenden sozialen Ungleichheiten und
102 Ungerechtigkeiten innerhalb der EU, der Prozess des Aufholens Ost ist noch lange
103 nicht beendet. Nur eine EU mit gerecht verteiltem Wohlstand und gleichsam
104 „blühenden Landschaften“, Bildungs- und Chancengerechtigkeit in Ost und West,
105 Nord und Süd, kann eine nachhaltige Zukunft für eine geeinte EU, jenseits purer
106 wirtschaftlicher Zusammenarbeit bieten. Wir fordern, dass sich Deutschland in
107 der EU für eine Aufstockung der Mittel der Kohäsionspolitik einsetzt.

- 108 • **Wir fordern** darüber hinaus, dass sich Deutschland dafür einsetzt,
109 innerhalb der Kohäsionspolitik die Mittel für die Unterstützung von
110 benachteiligten Individuen einsetzt. Eine Stärkung des ESF+ kann
111 dahingehend zielführend sein.

112 Die Mindestlohnrichtlinie der EU, welche Oktober letzten Jahres das finale grüne
113 Licht vom Europäischen Rat erhielt, ist ein gutes und längst überfälliges Mittel
114 um die Situation von Arbeitnehmer*innen in ganz Europa nachhaltig zu verbessern.
115 EU weit 80 % Tarifbindung sind ein ebenso ambitioniertes, wie erstrebenswertes

116 Ziel, welchem vor allem westeuropäische Länder schon sehr nah sind bzw. es schon
117 erreicht haben. Tarifbindung sorgt langfristig meist für einen geringeren
118 Niedriglohnsektor und angemessene Mindestlöhne. Gerade in den osteuropäischen
119 Ländern mit ehemals staatlich festgelegten Einheitslöhnen, ist die Tarifbindung
120 besonders niedrig. Faire Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedsstaaten würden auch
121 dazu beitragen, dass osteuropäische Arbeitnehmer*innen, zumeist aus Rumänien
122 oder Bulgarien, sich gezwungen sehen sich in Sub-, oder
123 Subsubunternehmerarbeitsverhältnisse in Westeuropa zu begeben, welche teils
124 einer Form der modernen Sklaverei gleichen.

125 • **Wir fordern**, dass jene Länder, welche besonders große Herausforderungen
126 diesbezüglich zu bewältigen haben, im Besonderen aber nicht nur die
127 osteuropäischen Staaten mit kommunistisch-autokratischer Vorgeschichte und
128 aus diesem Grund besonders niedriger Tarifbindung und gewerkschaftlichen
129 Strukturen, relativ stärker bei der Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie
130 unterstützt werden als jene Länder, welche bereits den Zielen der
131 Richtlinie näher sind bzw. diese erreicht haben. Das Wohlergehen der
132 Arbeitnehmer*innen muss dabei immer über den Profitinteressen deutscher
133 Unternehmen stehen.

134 • **Wir fordern**, dass Sub-, und Subsubunternehmerverhältnisse und die damit
135 verbundene Ausbeutung osteuropäischer Arbeitnehmer*innen sofort und
136 effektiv bekämpft werden. Hierfür müssen branchenübergreifend die
137 auftraggebenden Unternehmen für die Einhaltung von Lohn-, und
138 Arbeitsstandards durch ihre Subunternehmer direkt haftbar gemacht werden.
139 Dies sollte in Deutschland umgehend per Gesetz festgelegt und europaweit
140 durch EU Richtlinie verankert werden.

141 **Für mehr Zusammenleben.** Ein grenzenloses Europa ist unser Ziel. Grenzenlosigkeit
142 der EU nach Außen ist zum jetzigen Zeitpunkt leider eine Utopie. Nach innen
143 jedoch wird dieses Ziel durch das Schengener Abkommen verwirklicht. Das
144 Schengener Abkommen ist eine der größten Errungenschaften der EU und das
145 grenzenlose Reisen innerhalb der EU wird auch hier in Deutschland von vielen
146 Menschen zuvorderst genannt, wenn es um die sichtbarsten Vorteile der EU geht.
147 In Thüringen kennen vielen Menschen das Gefühl einer harten Grenze, es war nicht
148 nur eine harte Grenze, sondern gar der Eiserne Vorhang, welcher Thüringen von
149 Westdeutschland abgrenzte. Diese unschöne Erfahrung teilen sie mit vielen
150 Menschen, nicht nur in Ostdeutschland, sondern in allen Ländern des ehemaligen
151 sog. Ostblocks. Heutzutage ist das Reisen innerhalb Europas viel einfacher
152 geworden, auch in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Erst im letzten Jahr
153 wurde Kroatien, das jüngste EU-Mitglied, in den Schengenraum aufgenommen. Diese
154 Aufnahme sollte allerdings ursprünglich eine Aufnahme des Trios Rumänien,
155 Bulgarien und Kroatien werden. Die Europäische Kommission empfiehlt den Beitritt
156 von Rumänien und Bulgarien bereits seit 2011 und im letzten Jahr hat sich auch
157 das Europäische Parlament für einen Beitritt beider Länder zum Schengener
158 Abkommen ausgesprochen. Unter teils fadenscheinigen Argumenten legten die

159 Niederlande und Österreich im Dezember letzten Jahres ihr Veto gegen einen
160 Schengen Beitritt Rumäniens und Bulgariens ein. Das ist unsolidarisches
161 Verhalten höchsten Maßes. Gerade die westeuropäischen Staaten profitieren am
162 meisten von Arbeitsmigrant*innen aus diesen Ländern, welche dann dort auch noch
163 in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden und oft, das wenige Geld,
164 welches sie verdienen, noch in die Heimat schicken. Es darf keine EU-Mitglieder
165 zweiter Klasse geben.

- 166 • **Wir fordern**, dass sich die deutsche Regierung im Europäischen Rat
167 nachdrücklich und mit allen in ihrer macht stehenden Mitteln für den
168 Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengener Abkommen einsetzt und
169 den Druck auf Österreich und die Niederlande erhöht.

170 Das angestrebte Ziel sollte ein pluralistisches und gleichberechtigtes Europa
171 sein, indem Solidarität über Profitabilität steht und die Nationalität niemandem
172 zum Nachteil gereicht ob Bulgarisch oder Irisch. Wir sind für ein Europa das
173 zusammen steht, zusammen wächst und zusammen lebt, ohne dabei zur Festung Europa
174 zu werden.

175 Hoch die europäische Solidarität!

Begründung

erfolgt mündlich